

# Protokollauszug

aus der  
38. (außerordentliche) öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima,  
Umwelt und Mobilität  
vom 07.09.2023

---

öffentlich

## Top 3    **Berichterstattung Erneuerbare Energien**

Anhand einer Präsentation, welche im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt wird, geben Herr Rubelt, Herr Niemeyer-Hennig (Energie und Wasser Potsdam GmbH) sowie Herr Wolfram (Fachbereich Stadtplanung) einen Über- bzw. Ausblick zu folgenden Themen:

- Energie- und Klimaziele der Landeshauptstadt Potsdam
- Energie aus Potsdam für Potsdam.  
Heute und morgen.  
Zukunft verwalten oder gestalten?
- Gesetzliche Rahmenbedingungen für erneuerbare Energie vor Ort
- Neue Energie?  
Lass uns das gemeinsam machen.
- Wie geht es weiter?

Ergänzend stellt Herr Roffeis (Projektleiter Photovoltaik – EWP) die aktuellen Projekte der EWP vor.

Die Präsentation, einschließlich einer FAQ-Liste, ist auch online abrufbar ergänzt Herr Niemeyer-Hennig. Er wirbt für die Unterstützung der BürgerInnen sowie der Politik.

Herr Rubelt ergänzt, dass es sich hier um einen Gesamtkonzept handelt und sich zeigen wird, was realistisch umsetzbar ist und in welchem Zeitmaß. Gemeinsam mit der EWP wird die LHP die nächsten 5 bis 8 Jahre nutzen, um die Projekte voranzutreiben.

Es ist vorgesehen am 22.09.2023, 17.00 Uhr eine erste Bürgerinformationsveranstaltung in der Regenbogenschule in Fahrland durchzuführen, und lädt zum Dialog ein.

Rückfragen verschiedener Ausschussmitglieder werden beantwortet. So ist das Konzept bereits in dieser Woche vier Ortsvorstehern vorgestellt worden. Die Nabenhöhe einer Standardanlage für Windenergie liegt bei 170 m. Zur Beschleunigung von Bebauungsplanverfahren zu Photovoltaik erinnert Herr Rubelt an die Möglichkeit zur Beschleunigung von Bauleitplanverfahren gemäß Beschluss 20/SVV/1267 – Förderung von Prozessen der Bauleitplanung. Eine große Erleichterung wäre auch eine neue Landesbauordnung für Solaranlagen auf Gewerbeanlagen. Diese gibt es bereits in anderen Bundesländern, jedoch noch nicht in Brandenburg; ist aber derzeit im Landtag. Es ist nicht möglich, die Einnahmen aus den Windenergieanlagen zweckgebunden in die produzierenden Ortsteile zu leiten. Möglich wäre aber die politische Diskussion in

Richtung Erhöhung der Ortsteilbudgets zu lenken.